Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 13

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

mationen über die Geschehnisse in Dorf und Bezirk gesendet (vor allem an die Arbeitsfreude appelliert und ihr Mangel unter Erwähnung der Namen kritisiert). Auch Vorträge des lokalen Parteisekretärs oder des Präsidenten des Dorfsowjets über die kommenden Aufgaben des betreffenden Kolchos oder Dorfes sind zuweilen zu hören. Weiter vernimmt der Bauer noch eine Auswahl an Moskauer Berichten und Musik.

Haben wir erwähnt, dass die Kolchossiedlungen auch besser aussehen können, so sei ebenfalls vermerkt, dass sie schlechter aussehen können. Gerade in den so stark propagierten Neuansiedlungen sind die Verhältnisse oft erbärmlich. Da bestehen Behausungen aus Lehmhütten mit Strohdach, die von den Bewohnern notdürftig instand gehalten werden. Heizungseinrichtungen fehlen zum Teil vollständig. Haushaltwerkzeuge, Mobiliar und Geschirr sind primitiv. Das ist ein Bild, welches die Sowjetpresse häufig genug entwirft, wenn es sich um interne Kritik und Sündenbockpolitik handelt. Meist sind solche Zustände ein Provisorium. Aber Provisorien können in der UdSSR recht lange anhalten, wenn es nur um die Lebenshaltung der Bevölkerung geht.

Die Organisation

des gesellschaftlichen Lebens und der Arbeit, das Einkommens- und Entlöhnungssystem, die Spezialisierung von Kolchosen nach bestimmten Produktionszweigen, die Verhältnisse des Sowchos-Arbeiters, das alles sind Dinge die in ständigem Fluss sind. Zum Teil treten sie seit dem Parteikongress vom letzten Herbst in wichtige neue Phasen und lassen die weitere Entwicklung in groben Zügen voraussehen. In der nächsten Nummer werden wir darüber berichten.

(Fortsetzung folgt)

In Polen ist die Maximalfläche der Nebenwirtschaften auf den Klochosen auf 0,6 Hektar eingeschränkt worden. Auch darf die private Viehhaltung der LPG-Bauern nicht mehr als zwei Rinder umfassen. Allerdings befindet sich in Polen der überwiegende Teil des landwirtschaftlichen Nutzbodens in den Händen von Privatbauern, während die LPGs kaum zwei Prozent ausmachen. Dazu kommen noch Staatsgüter. Als eine Art «Uebergangslösung» können die «Agrarzirkel» betrachtet werden, ein lockerer Zusammenschluss von Einzelbauern. Die eigentlichen Kollektivwirtschaften hatten auch 1961 eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen. Sie verloren durch Auflösung sowohl an Boden wie auch an Mitgliedern.

Ab 1. April werden die Sozialleistungen an die tschechoslowakischen LPG-Bauern in verstärktem Masse von der Produktion der betreffenden Kollektive abhängen. Familienzulagen werden beispielsweise nur dann voll ausbezahlt, wenn der Kolchos seine Planziele erreicht hat. Auch Mitglieder, die sich zu sehr ihrer Nebenwirtschaft widmen, gehen ihrer Zulage verlustig. In den landwirtschaftlichen Genossenschaften, welche ihr Produktionsprogramm nicht einhalten, bleiben laut Ankündigung des Zentralkomitees immerhin noch die Leistungen von Pensionskasse und Krankenversicherung (beides wird von den Kolchosen selbst organisiert) «vorderhand unverändert».

Bildung

SBZ

Algierstop

Etwa 3000 Ausländer sind gegenwärtig an den Universitäten und Hochschulen der Sowjetzone immatrikuliert. Von ihnen sind 600 aus über 60 Staaten am Herder-Institut der Leipziger Karl-Marx-Universität (Institut für Ausländerstudium) eingeschrieben, wo sie sich auf das eigentliche Fachstudium vorbereiten.

Nach einer Mitteilung des Generalsekretärs des Studentenverbandes Somalias, Mohammed Noor Adde, studieren von den 1190 Mitgliedern des von ihm geleiteten Verbandes etwa 40 seit einigen Monaten am Leipziger Herder-Institut.

Von 400 an Sowjetzonen-Universitäten und -Hochschulen eingeschriebenen arabischen Studenten sind etwa 100 Algerier. Der algerische Studentenverband UGEMA hat, wie von unterrichteter Seite berichtet wird, nach der Errichtung der Mauer in Berlin am 13. August 1961 keine weiteren Mitglieder mehr zum Studium nach Ostberlin oder der Sowjetzone delegiert.

Neben der Karl-Marx-Universität Leipzig hat die Technische Universität Dresden die meisten ausländischen Studenten. Gegenwärtig sind an der TU Dresden 455 Ausländer immatrikuliert, darunter 34 Inder. 52 Ausländer sind an der TU Dresden als wissenschaftliche Aspiranten tätig. An der Bergakademie Freiberg/Sa. studieren 78 Ausländer und arbeiten 22 ausländische Aspiranten. An der Universität Rostock studieren 50 Ausländer, während an der Humboldt-Universität in Ostberlin 42 Ausländer immatrikuliert sind.

Ueber die an den Fachschulen der Sowjetzone studierenden Ausländer liegen keine genauen Zahlen vor.

Partei

Jugoslawien

Stalinpreis via Bern?

Mit Poststempel aus Bern erhielt die jugoslawische Presse zu Beginn dieses Monats ein Schreiben zugestellt, das nichts weniger als die Wiedereinsetzung des Stalin-Friedenspreises beantragt.

Das merkwürdige Dokument ist vom «Komitee des chinesischen Volkes zur Verteidigung des Friedens» unterzeichnet, das sich auf Grund «zahlreicher Anfragen von Nationalen Friedenskomitees» zu folgender Erklärung ermächtigt fühlt:

«Beim Beschluss vom September 1956 über die Umbenennung des Internationalen Stalin-Friedenspreises in «Internationaler Lenin-Friedenspreis» handelte es sich um ein einseitiges Vorgehen ohne korrekte Konsultation und ohne Einverständnis aller in der Weltfriedensbewegung vertretenen Kräfte.

Nach Ansicht des Chinesischen Volkskomitees für den Weltfrieden sollte die Anerkennung hervorragender Verdienste im Kampf um den Frieden weiterhin mit dem glorreichen Namen des Genossen J. W. Stalin verbunden sein, dessen Andenken immer noch von vielen Hunderten von Millionen Werktätigen der ganzen Welt in Ehren gehalten wird.

Daher hat das Chinesische Volkskomitee für den Weltfrieden die Schaffung eines Internationalen Stalin-Friedenspreises zu Ehren von J. W. Stalin beschlossen.

Die Verleihung des Internationalen Stalin-Friedenspreises wird jährlich erfolgen. Er wird aus einer Geldsumme und einer Goldmedaille mit dem Bildnis J. W. Stalins bestehen.

Die erste feierliche Verleihung der Anerkennung wird gegen Ende 1962 stattfinden, darnach jährlich am 5. März, dem Todestag J. W. Stalins.

Das Chinesische Volkskomitee lädt die Nationalen Friedenskomitees aller Länder ein, dem Sekretariat 9, Tai Chi Chang, Peking — Vorschläge zu unterbreiten, welchen hervorragenden Förderern des Friedens und des nationalen Befreiungskampfes der Stalinpreis zu verleihen sei. Empfehlungen anderer friedliebender Organisationen, Jugend-, Frauen-, Studenten-, Gewerkschaftsorganisationen usw., sind ebenfalls willkommen und werden in Erwägung gezogen.»

Die «Borba» veröffentlichte eine Photokopie des in englischer Sprache gehaltenen Schreibens, das auf chinesisch bedrucktes Briefpapier verschickt wurde. Die Belgrader Zeitung zweifelt die Echtheit der sonderbaren Erklärung an und vermutet eine Unterschiebung irgendwelcher Seite. Falls es sich um ein authentisches Dokument handle, so wird weiter ausgeführt, bedeute dies eine Radikalisierung der Spannungen mit China.

(Seinerzeit war Bern als ein Zentrum der chinesischen Parteiagitation gegen Moskau genannt worden. Briefe mit Angriffen auf Chruschtschew seien von hier aus an die kommunistischen Parteien ausserhalb der Sowjetunion gerichtet worden. Allerdings wirkt der Brief mit dem angekündigten Stalinpreis tatsächlich eigenartig. Jedenfalls hat die chinesische Propaganda sicher schon plausiblere Formen gefunden.)

Versorgung

Kuba

Preis der Kollektivierung

Seit Ende dieses Monats besteht in Kuba ein strenges Rationierungssystem. Seine Einführung war durch die prekäre Versorgungslage im Lebensmittelsektor notwendig geworden, die wiederum nicht zuletzt mit der landwirtschaftlichen Kollektivierung zusammenhängt.

Für die Knappheit an Nahrungsmitteln und einigen Konsumgütern, die ebenfalls rationiert wurden, zeugen die Zuteilungen pro Person und Monat: 60 Gramm Butter, knapp 700 Gramm Bohnen, sechs Eier, ein Stück Toilettenseife. Im Bezirk Grosshavanna wird Milch nur an Familien mit über fünf Mitgliedern oder mit Kindern unter sieben Jahren abgegeben.

Interessant ist die Feststellung, dass die Verteilung der Rationierungskarten dem Komitee zur Verteidigung der Revolution übergeben wurde, das bereits seine Mitverantwortung für die Massenhinrichtungen des Regimes hatte. Auch kündigte Castro an, das Rationierungssystem werde zur Aufspürung von Elementen führen, die sich illegal versteckt hielten.

Das ist das Kuba, welches Suslow erst kürzlich als «leuchtendes Beispiel für die übrigen lateinamerikanischen Völker» hinstellte. Diese moralische Unterstützung ist zweifellos leichter als Hilfssendungen von Lebensmitteln aus der Sowjetunion, deren Versorgungslage ebenfalls ungenügend ist.

Westhandel

Ungarn und China

Zwei Meldungen

Dass nicht jeglicher Osthandel nur dem Kommunismus nützen muss, kann von Zeit zu Zeit auch an einleuchtenden Beispielen belegt werden.

Die seit 1954 in Betrieb stehende Budapester Landmaschinenfabrik, die seit 1956 fast ausschliesslich nur Silokombinen und Maiserntemaschinen erzeugt, soll auf Grund der COMECON-Spezialisten aufgelöst werden, da die Produktion dieser Maschinen der Sowjetunion, der CSSR und teilweise auch Polen zugesprochen worden ist. Anstelle der Landmaschinen soll die Fabrik in Zukunft chemische Maschinen herstellen. Die betroffenen Wirtschaftsstellen wehren sich gegen diese Umstellung und berufen sich auf bedeutende, über tausend Auslandsaufträge, deren Devisenerlöse verloren gehen würden.

Westaufträge an solche Industrien bedeuten also Sand im Getriebe des Comecon. Systematische «Sandausschüttung» wäre allerdings nur bei einer gelenkten Osthandelspolitik möglich.

Eine weitere Meldung: China beabsichtigt, in den kommenden Jahren (1962 bis 1964) 3 Millionen Tonnen Weizen und 3 Millionen Tonnen Gerste aus den USA zu importieren. Dazu sei bemerkt, dass zur gleichen Zeit auch Nord-Korea 4,5 Millionen Tonnen Weizen und Gerste von den USA kaufen will. Ob dieses Geschäft zustande kommt, hängt vom amerikanischen Handelsdepartement ab, dessen Entscheidung vorläufig noch nicht bekannt ist.

(Die sowjetische parteiamtliche «Prawda», 9. Mai 1958, hatte vor einigen Jahren die Jugoslawen wegen den amerikanischen Lebensmittellieferungen einer scharfen Kritik unterzogen und bezeichnete diese Hilfe als einen Lohn für die Spaltung des kommunistischen Lagers. Im selben Sinne verurteilte auch Ministerpräsident Chruschtschew in seiner Ansprache vom 3. Juni 1958 in Sofia die Annahme jeglicher amerikanischer Hilfe.)

Kennedy hatte letztes Jahr mit einem sehr geschickten Schachzug Getreidelieferungen nach China in Aussicht gestellt, falls Peking darum ersuchen würde. Aus Prestigegründen ging das Mao-Regime auf das Angebot nicht ein, obwohl es mit einer grassierenden Hungersnot im eigenen Land zu kämpfen hatte. Nun sind auch die erhofften Lebensmittel aus den Comecon-Staaten ausgeblieben, so dass China einen Prestigeverlust in Kauf nehmen muss. Schon aus diesem Grunde wäre ein solches Osthandelsgeschäft richtig. Ausserdem kämpft es gegen den Hunger.

Propaganda

China

Russische Sendungen

Vor einem Monat nahm Radio Peking ein Programm in russischer Sprache auf, das nun täglich gesendet wird. Die ersten Sendungen schienen vom Standpunkt der gespannten Beziehungen zwischen Moskau und Peking aus betrachtet recht harmlos. Es waren Informationen und Zusammenfassungen chinesischer Pressekommentare über Themen wie die «amerikanische Aggression» in Vietnam. Aber das serbokroatische Programm, in dem jetzt der unverhüllte, heftige Aetherkrieg gegen Jugoslawien geführt wird, hatte seinerzeit während der ersten Monate die gleichen harmlosen Züge aufgewiesen.

Um das neue Programm unterzubringen, sparte Radio Peking an der für Persien reservierten Sendezeit. Ein Indiz dafür, wie ernst China die propagandistische Bearbeitung der sowjetischen Bevölkerung nimmt. Jedenfalls hat sich Mao ein Medium bereitgestellt, um nötigenfalls seine Stellungnahme zur allfälligen Verschärfung der sino-sowjetischen Kontroverse direkt der Oeffentlichkeit in der UdSSR klarmachen zu können.

Politik

Hongkongs Trümpfe

Hongkong wird von China zum mindesten in den nächsten zehn Jahren nicht durch einen Gewaltstreich annektiert werden, weil Peking diesen devisenbringenden Umschlagplatz lieber so profitabel belässt wie er ist. Das wenigstens ist die Meinung der «Hindustan Times», die auf die Frage eingeht, ob nach der Stunde Goas und «Westirians» (unmittelbar bevorstehend) auch die Stunde der britischen Kronkolonie schlagen werde. Die Zeitung weist darauf hin, dass China sorgfältig jede Atmosphäre des Kalten Krieges um Hongkong vermeide, um die ausländischen Geschäfte und Investierungen nicht abzuschrecken. Mao habe in keiner Weise ein Interesse daran, die Gans zu schlachten, die ihm goldene Eier lege.

Dagegen seien die kommunistischen Infiltrationsbestrebungen in Hongkong ausserordentlich intensiv und keineswegs erfolglos.

In Kürze

Die obligatorische Kinderarbeit in der SBZ bereitet sich vor. Einen «Plan für die systematische Einbeziehung der gesellschaftlich nützlichen Arbeit in den Erziehungsprozess» haben die SED-Parteiorganisation und Lehrer der Hugo-Jacobi-Oberschule in Zella-Mehlis im Bezirk Suhl vorgelegt. Der Plan, der davon ausgeht, «dass jetzt wiederum eine neue Qualität in der Erziehung erreicht werden muss», ist darauf abgestellt, alle Kinder von der Unterstufe bis zur 10. Klasse in den direkten Produktionsprozess einzugliedern.

«Es gibt Betriebe, welche die Erweiterung ihres Lagerraumes für wichtiger halten als den Aufbau der Ostslowakischen Eisenwerke. Es gibt Männer, die sich weigern, als Grubenarbeiter in das Kohlenrevier von Karwina zu gehen. So äussert sich die Bevorzugung von lokalem und persönlichem Interesse gegenüber dem allgemeinstaatlichen.» («Uj Szo, Pressburg.)

Für die sowjetische Agrarwirtschaft kündigte Chruschtschew eine neue zentralistische übergeordnete Behörde an, die auf die bereits bestehende Pyramide von örtlichen Partei- und Staatsbehörden gestülpt wird. Sie wird den Namen «Landwirtschaftliche Produktionsverwaltung» tragen. Im Gegensatz zu den bisherigen Verwaltungsorganisationen in der Landwirtschaft ist dieser neuen Behörde unmittelbar die gesamte Planung, Verwaltung und Ueberwachung aller Kolchosen und Sowchosen unterstellt.

Curriculum der Woche

IWAN POPOFF MICHAILOFF

Figuriert im neugebildeten bulgarischen Kabinett nur noch als einer der Vize-Ministerpräsidenten, während er von seinem Posten als Verteidigungsminister abgesetzt und durch Vizeminister General Dobri Dschakoff abgelöst wurde. Geboren 1897 in Ferdinand (Nordbulgarien), das später zu Ehren seines 1944 in einem Gefecht gefallenen Bruders in Michailowgrad umbenannt wurde. Gymnasium in Vratsa bis 1916, dann Offiziersschule in Sofia, anschliessend als Artillerieoffizier im letzten Jahr des Ersten Weltkrieges an der Front. Nach Kriegsende Rechtsstudien in Sofia mit Abschluss 1921. Mitglied der Bulgarischen Kommunistischen Partei seit 1919 (Angehöriger der kommunistischen Jugendorganisation seit 1914). Flieht 1923 und 1924 zweimal nach Jugoslawien, das erstemal nach den kommunistischen Septemberunruhen, bei denen er eine Rebellengruppe führt, das zweitemal nach einem gegen ihn ausgesprochenen Todesurteil.

Darnach Emigration nach der Sowjetunion, wo er zwanzig Jahre bleibt, und vor allem in der Roten Armee dient. Im Rang eines Obersten nimmt er an der Verteidigungsschlacht von Moskau im Zweiten Weltkrieg teil. Zwischenhinein anonyme Besuche in Bulgarien, wo er mithilft, die Widerstandsbewegung zu organisieren. 1944 Rückkehr nach Bulgarien mit der Roten Armee. 1944 bis 1947 führt er unter anderm die Säuberung im bulgarischen Offizierskorps durch. Beförderung zum Generalleutnant.

Seine Parteikarriere beginnt 1948, als nach dem Bruch zwischen Stalin und Tito die des Nationalismus verdächtigten bulgarischen Kommunisten gesäubert werden. 1950 stellvertretender Verteidigungsminister und zu einem der stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt. 1951 zum Generaloberst befördert, wird Mitglied des Generalrates der Vaterländischen Front (die unter KP-Kontrolle stehende Massenorganisation) und Parlamentsmitglied. 1924 Promotion zum General und Ernennung zum Vollmitglied des Politbüros. 1957 bis 1958 Transportminister. Seine Ernennung zum Verteidigungsminister erfolgt nach dem Parteikongress vom Juli 1958.

*

Weitere Aenderungen im bulgarischen Kabinett: Georgi Tschaankoff, bisher Innenminister, tritt die Nachfolge des im Dezember des Vorjahres gestürzten stellvertretenden Ministerpräsidenten Tscherwenkoff an und wird in seinem bisherigen Amt von Diko Dikoff abgelöst. Der bisherige Justizminister Radi Najdenoff wird durch Petar Tantscheff ersetzt, der bisherige Aussenhandelsminister Georgi Kumbilijeff durch den bisherigen Vizeminister in diesem Departement, Latschesar Awramoff, und der bisherige Binnenhandelsminister Russi Christosoff durch Peko Takoff.

Der Perspektivplan verkürzt die Distanzen

Die Ergebnisse der sowjetischen Volkswirtschaft für 1961 sind das stärkste Argument gegen die Annahme, dass der im gleichen Jahre angenommene Perspektivplan erfüllt werden kann. Das ist kein Grund, die Produktionssteigerungen in der UdSSR zu unterschätzen. Aber es ist ein Grund, sich daran zu erinnern, dass auch die Fortschrittspropaganda ihren Plan hat. Er schliesst unter anderm die Glorifizierung der übrigen Pläne für die eigene Bevölkerung und das Ausland mit ein.

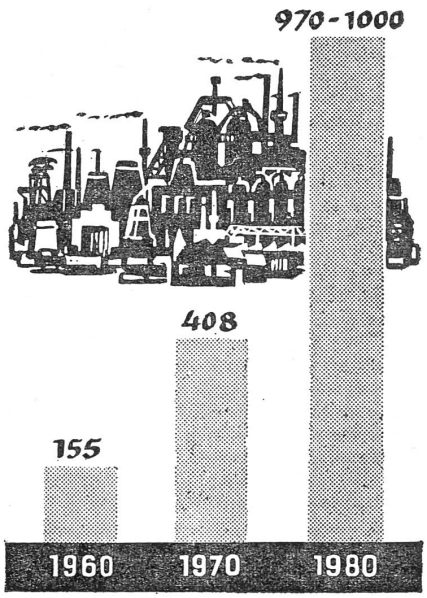
Der Zwanzigjahresplan (mit rückwirkender Kraft ab 1960) wurde als Teil des neuen Parteiprogramms vom 22. Kongress der KPdSU im letzten Herbst angenommen. Es handelt sich um einen Perspektivplan (Entwicklungsprogramm auf lange Sicht), der die kürzeren und konkreteren Siebenjahrespläne überlagert. Der gegenwärtige Siebenjahresplan umfasst die Periode 1958 bis 1965.

Ein Blick auf unsere Darstellungen (sie gehören zur Standardausrüstung der kommunistischen Presse und sind dort immer wieder zu sehen) lässt die Masslosigkeit der Zielsetzung für 1980 besonders deutlich erkennen. Chruschtschew kündigte diese Zahl mit der Versicherung an, sie würden die materiell-technische Grundlage für den Kommunismus; die Sowjetunion befindet sich nach Parteidefinition erst im Uebergangsstadium vom «Sozialismus» zum Kommunismus) bilden.

Wie sind nun die Aussichten, dass das ehrgeizige Programm erfüllt werden kann? Vorerst können etliche inzwischen erfolgte Reden Chruschtschews angeführt werden, in denen der Parteichef zur Produktionssteigerung in verschiedenen Volkswirtschaftszweigen aufrief, damit «die Basis für die planmässige Produktionssteigerung» gelegt werde. Die Grundlage zum Plan, der Grundlage zu Produktion in zwanzig Jahren, der Grundlage zur Einführung des Vollkommunismus, scheint demnach nicht so gesichert.

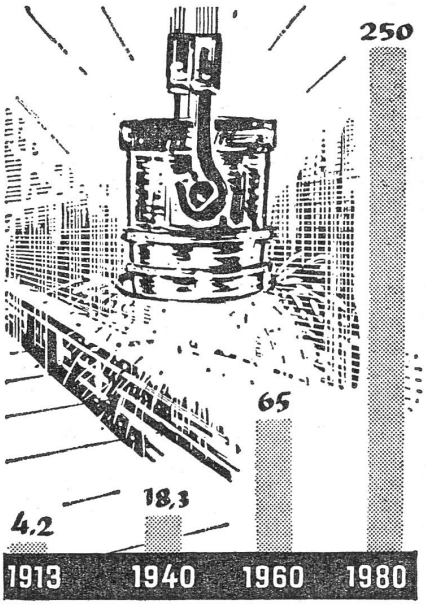
Die Zielsetzung des Perspektivplanes, bis 1970 den gegenwärtigen Stand der USA-Industrieproduktion (die sich bis dahin übrigens auch erhöhen wird) einzuholen und darnach zu übertreffen, ist nicht neu. Sie war schon einmal bekanntgegeben worden, nämlich vor vier Jahren. Damals galt sie noch für 1965, dem Ende des jetzigen Siebenjahresplanes.

Industrieproduktion in Mrd. Rubel



Zweifelhaft aber werden die Planziele auch im Vergleich zur bisherigen Produktionssteigerung. So soll die gesamte *Industrieproduktion* von 155 Milliarden Rubel auf eine Billion Rubel gesteigert werden. Dabei ist die industrielle Zuwachsrate gegenwärtig in Rückbildung begriffen (nicht die weiter ansteigende Produktion). Wird der Ausstoss von 1958 als 100 Prozent angenommen, so ergeben sich («Prawda» vom 6. März) 107,7 Prozent für 1959, 117 Prozent für 1960 und 127 Prozent für 1961. In den einzelnen Industriezweigen zeigt sich im Vergleich zum Zwanzigjahresplan zum Teil noch deutlicher, dass das gegenwärtige Wachstumstempo sich schwer mit den vorgenommenen Zielen vereinbaren lässt. Dabei ist zu beachten, dass ein Zweig der

Stahlgewinnung in Mio. t

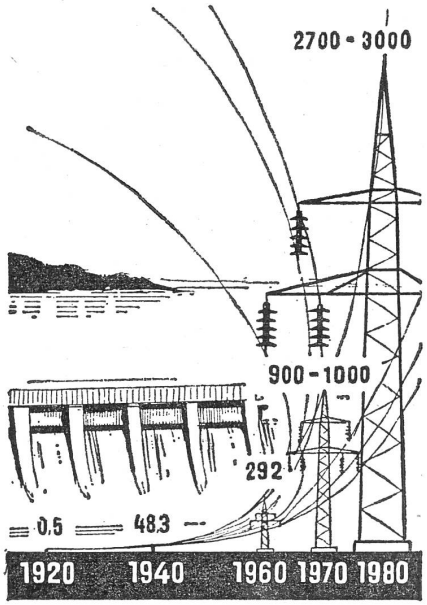


Volkswirtschaft auf etliche andere Sektoren zurückgreifen muss. Für Maschinenbau und metallverarbeitende Industrie (schliesst Rüstungsindustrie ein) ist ein wertmässiger Produktionszuwachs auf das Elffache vorgesehen. Das setzt nach Chruschtschew Mechanisierung und Automatisierung in grossem Massstab voraus, und um das zu ermöglichen, muss (wiederum laut dem Parteichef) ein gewaltiges Bauprogramm eingehalten werden. Und gerade darin konnte im Unterschied zur Industrie-Erzeugung der letztjährige Volkswirtschaftsplan (Jahresplan) nicht erfüllt werden. So ist hier eine anscheinend nicht bestehende Grundlage im Plan mit eingerechnet..

In der chemischen Industrie, die stark forciert wird, ist noch eine andere Voraussetzung vorweggenommen: die notwendige Belieferung der neu zu bauenden Werke mit technischen Ausrüstungen und Produktionsanlagen aus dem Westen. (Immerhin baut die Parteispekulation hier auf relativ Bewährtes: das Bedürfnis des Westens, seine Absatzmärkte möglichst rasch konkurrenzieren zu lassen.)

Für die *Stahlindustrie* sieht der Plan für 1980 eine Produktionssteigerung auf das 3,8fache vor. Das wäre eine jährliche Zu-

Erzeugung von Elektroenergie



nahme um 9 Millionen Tonnen. Die letztjährige Zunahme betrug 5,4 Millionen Tonnen (von 65,3 auf 70,7; unsere Zeichnung aus der ostdeutschen Zeitschrift «Der Aussenhandel» vom 28. Februar verkürzt die Produktion von 1960, wahrscheinlich wegen eventueller Vergleiche mit dem folgenden Jahr). An den Zielen des gegenwärtigen Siebenjahresplanes gemessen ist die Produktionssteigerung grösser als ursprünglich vorgesehen (5,14 Millionen Tonnen im Jahresdurchschnitt).

Hierbei ist daran zu denken, dass die Stahlproduktion im Westen nicht im gleichen Mass als Gradmesser für die Entwicklung der Schwerindustrie angesehen werden kann wie in der Sowjetunion. Vor allem, was den Vergleich UdSSR-USA anbetrifft, ist der Hinweis auf viel geössere Bedeutung der Kunststoffe in den Vereinigten Staaten berechtigt. Nichtsdestoweniger sind die sowjetischen Fortschritte in diesem Sektor als Machtfaktor nicht zu unterschätzen, ebensowenig auf dem Gebiete der *Energiewirtschaft*. Hier ist vor allem an die Exportoffensive des sowjetischen Erdöls zu denken. Die *Elektro-Energie* wird voraussichtlich die geplanten Produktionsausmasse nicht erreichen, wenn auch nicht vergessen werden soll, dass ein Grossteil der Kraftwerke noch im Bau oder Planstadium ist. Die nächsten Jahre werden das Programm zweifellos beschleunigen. 1961 wurde gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs von 292 auf 327 Milliarden verzeichnet, was an sich imposant ist, sich aber den für 1980 veranschlagten drei Billionen doch bescheiden ausnimmt.

Was die *Landwirtschaftsproduktion* betrifft, so geht es beim Zwanzigjahresplan nicht mehr um Uebertreibungen, sondern

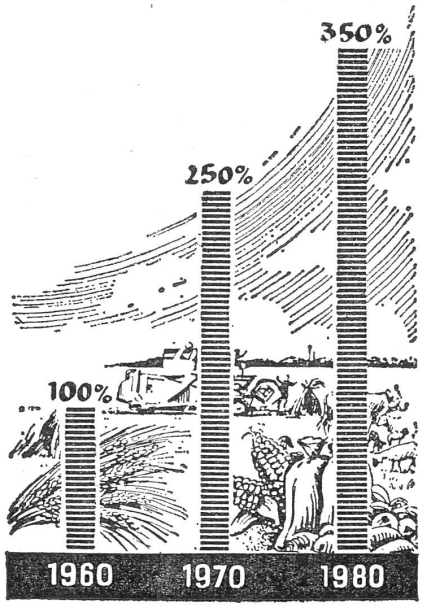
um falsche Darstellung, die Jahr für Jahr zum Vorschein kommt. Weder in bezug auf Getreideablieferung noch in bezug auf Fleischversorgung wurde der letztjährige Plan erfüllt. Sogar die absoluten Produktionszahlen nehmen nur ganz wenig zu, trotzdem Millionen von Hektaren Neuland urbar gemacht worden sind. Hier versagte die Landwirtschaftspolitik des Regimes, und es besteht absolut kein Grund anzunehmen, dass sie es nicht auch in Zukunft tun wird.

Auch in der Produktion von Gebrauchswaren wird die Zielsetzung nicht annähernd erreicht werden, obwohl sie im Verhältnis zum Bedarf gar nicht übertrieben angesetzt wäre. Die zwei Paar Schuhe pro Einwohner sind für den Idealzustand des Vollkommunismus eigentlich nicht sehr viel. Im abgelaufenen Jahr hat die Leichtindustrie in enigen Zweigen zwar grössere Fortschritte als üblich gemacht, aber sie ist gegenüber der Schwerindustrie nach wie vor Stiefkind. Den massgeblichen Aeusserungen der Parteispitze ist zu entnehmen, dass das Verhältnis vielleicht etwas verbessern, aber jedenfalls nicht grundlegend ändern soll.

Bewusste Unwahrheiten mit Täuschungsabsichten enthalten jene Teile des Parteiprogramms, wo von drastischer Arbeitsverkürzung, Aufhebung der Strafjustiz und dergleichen die Rede ist. Wenn die unbezahlte «freiwillige Aufbauarbeit» gegenüber der bezahlten (und etwas besser als früher bezahlten) regulären Arbeitszeit zunimmt, so ist das keine Verkürzung des Realarbeitstages. Wenn man als Erziehungsmassnahme und ohne dagegen appellieren zu können wegen schlechter Arbeitsdisziplin zu Deportation auf fünf Jahre verurteilt werden kann, so bedeutet das keine Verbesserung gegenüber dem (übrigens nach wie vor bestehenden) Strafapparat.

Der sowjetische Zwanzigjahresplan ist übertrieben optimistisch wo es um den Machtausbau geht, falsch wo es um die Versorgung geht, und gelogen, wo es um den sozialen Fortschritt geht.

Landwirtschaftliche Produktion



Berichterstattung

Sowjetunion

«Schweizer Arbeiteraristokratie»

Der Fall Schweiz fährt fort, die sowjetische Presse zu beschäftigen. «Literatura i Schisn» (11. März) und «Trud» (19. März) waren in letzter Zeit die führenden Zeitungen, welche das Thema wieder aufgriffen. Diesmal stand allerdings nicht die «antikommunistische Hysterie» zur Diskussion, sondern die allgemeinen Missstände in unserm Land, insbesondere auf sozialem Gebiet.

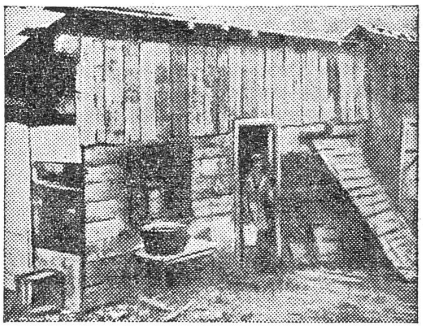
Bieten die Schweizer Notizen von M. Georgiew und I. Matimowski (Tass- Korrespondent in Genf) im Schriftstellerorgan verschiedene sowjetische Glossen in absonderlicher Perspektive vom «Balkon Europas», so hat sich die Gewerkschaftszeitung einer ganz spezifischen Notlage angenommen. In der Rubrik «Wo das Kapital regiert» beschreibt A. Nikin «Das Schicksal der Fremdarbeiter».

Nun wurde das Motiv sowohl in der sowjetischen als auch in der übrigen kommunistischen Presse schon verschiedentlich zum Erklingen gebracht. Aber Nikin findet doch neue Töne, die der Beachtung wert sind. Von Interesse scheint vor allem seine Feststellung über das «Anwachsen einer Parteiaristokratie» in unserem Lande. Ihr Entstehen wird damit erklärt, dass die Italiener alle schwere und schlecht bezahlte Arbeit zu übernehmen hätten, während die Schweizer sich an den besseren Stellen der Grossindustrie befänden. Diese Melodie arbeitet Nikin freilich nicht sehr weit aus, sondern geht bald zur Dissonanz über: Die ausländischen Arbeiter dienten der schweizerischen Bourgeoisie dazu, auch die inländischen Lohn-, Freizeit- oder Ferienforderungen zu drosseln. Im Falle eines Konfliktes hätten die Unternehmer leicht die Möglichkeit, die unzufriedenen Schweizer durch die «verlässlicheren» ausländischen Arbeiter zu ersetzen. Im gleichen Abschnitt wird erwähnt, dass die Schweizer Monopole froh über die Möglichkeit seien, im Falle von Konjunkturrückgang und Krise «zuerst die Fremdarbeiter herausschmeissen» zu können.

Die dialektischen Turnübungen am Paradoxon lassen trotz allem deutlich erkennen, dass dem sowjetischen Berichterstatter die Schweizer «Arbeiteraristokratie» ein besonderes Aergernis ist. «Ihr Anwachsen», so führt Nikin aus, «wird für eine haltlose soziale Demagogie verwendet. Die offizielle Propaganda trompetet von der ‚fortschrittlichen Schweizer Demokratie', vom ‚Volkskapitalismus' und der ‚allgemeinen Prosperität'.» Diese Formulierung zeigt deutlich, wie dem Kommunismus die Verbesserung der sozialen Lage und insbesondere der Situation des Arbeiters unerwünscht ist. Es ist nach kommunistischer Parteiauffassung eine Frechheit von der kapitalistischen Welt, für die «Verelendung des Proletariats» nicht besser besorgt zu sein.

Der marxistische Satz von der absoluten Verelendung des Proletariats in der kapitalistischen Gesellschaft, ein von der Entwicklung längst überholter Anachronismus, spielt in dem Artikel überhaupt seine Rolle, wenn er auch unzitiert bleibt. Es geht nämlich darum, seine (von der kommunistischen Theorie mit etlichen Interpretationsfeinheiten nach wie vor anerkannte) Gültigkeit zu beweisen. Nur der Rahmen wird erweitert. Der Schweizer Arbeiter verliert seine klassenkämpferische Position als Ausbeutungsobjekt und wird Verbündeter des Monopolkapitals, um den italienischen Arbeiter auszubeuten. Dass die These in dieser Auslegung völlig unmarxistisch ist und statt Klassenkampf eigentlich Nationalkampf predigt, stört die kommunistische Propaganda wenig. Die neue Interpretation, die hier zwischen den Zeilen erfolgte, ist übrigens von kommunistischen Parteistellen ganz ausdrücklich angewandt worden. So stellte die ostdeutsche Zeitschrift «Die Wirtschaft» letztes Jahr einmal den Reichtum der kapitalistischen Welt der Armut der Entwicklungsländer gegenüber und fügte hinzu: «Welch ein Beweis für die absolute Verelendung des Proletariats in der Welt!» Ein grosser Teil der «antikolonialistischen» Propaganda des Ostblocks gründet sich ebenfalls auf diese antimarxistische Häresie. (Eine Zeitlang hatte die Tendenz überwogen, den unbequemen Satz in eine «relative Verelendung des Proletariats» umzuwandeln, in dem Sinne etwa, dass die Monopole sich schneller bereicherten als das Proletariat, dass der Mehrwert gegenüber den Arbeitslöhnen schneller steige. Freilich war damit für den Klassenkampf wenig herauszuholen.) Die Schweiz wird heute durch die Art, wie sie im kommunistischen Bereich geschildert ist, zu einem neokolonialistischen Staat *sine nomine* gestempelt.

(Dies als Quatsch zu erkennen heisst freilich nicht, dass unsere Einstellung zum ausländischen Arbeiter über jede Kritik erhaben wäre. Die Kommunisten lügen auch mit Halbwahrheiten.) Das hindert natürlich nicht, dass die traditionelle Schilderung der unterdrückten Klassen deswegen aufhören müsste. Der erwähnte Artikel von Maximowski in «Literatura i Schisn» ist ein Beweis dafür. Er berichtet einmal mehr über die Walliser Rebenaktion, einmal mehr über die Bauernkundgebung in Bern, einmal mehr über Faschismus und Militarismus in der Schweiz und er setzt einmal mehr völlig täuschende und irreführende Akzente. Der Fälschung in Wort fügt sich in diesem illustrierten Bericht gleich noch die Fälschung in Bild an: Das Elend in der Schweiz wird anhand eines Slums bewiesen. Und das Beweismaterial? Der Schuppen eines Schrebergärtchens.



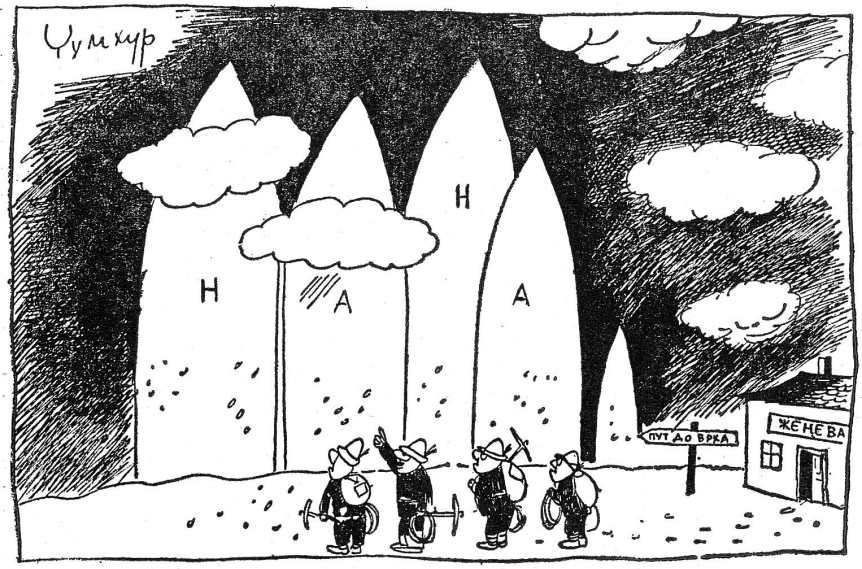
Der Beweis für das Bestehen von Slums (Bidonvilles) in der Schweiz: ein Schrebergärtchen.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 28. März 1962

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.



Eines möchte ich doch gern wissen: Werden die Berge immer grösser oder wir immer kleiner? («Borba», 18. März)

Genf und die Abrüstung

Während man sich im Westen über das Scheitern der Genfer Abrüstungskonferenz sowohl zum vornherein im klaren war und das entsprechende Désinteressement während der Verhandlungen kaum verhehlte, wusste die kommunistische Propaganda wohl ebensogut Bescheid, zeigte aber viel mehr scheinbares Interesse am Konferenzverlauf. Die kommunistische Presse verfolgte denn auch die Sitzungen mit «Erwartungen» und «Besorgnissen», um dann mit um so grösserer Vehemenz über den «manifest schlechten Willen» der westlichen Imperialisten herzufallen. In der Frage der Abrüstung erlaubt sich lediglich Belgrad eine degariertere Sicht. Sie kommt in dieser «Borba»-Karikatur recht witzig und einprägsam zur Geltung.

Diebstahl als Norm

Der «Diebstahl am sozialistischen Eigentum», mit dem sich im kommunistischen Machtblock der Einzelne für die Ausbeutung durch Staat und Partei schadlos zu halten versucht, ist klassisches Thema. Seine Selbstverständlichkeit wurde aber noch selten so treffend dargestellt wie in dieser ungarischen Zeichnung, die über die Häufigkeit solcher Delikte keinen Zweifel lässt.

Auch in Jugoslawien

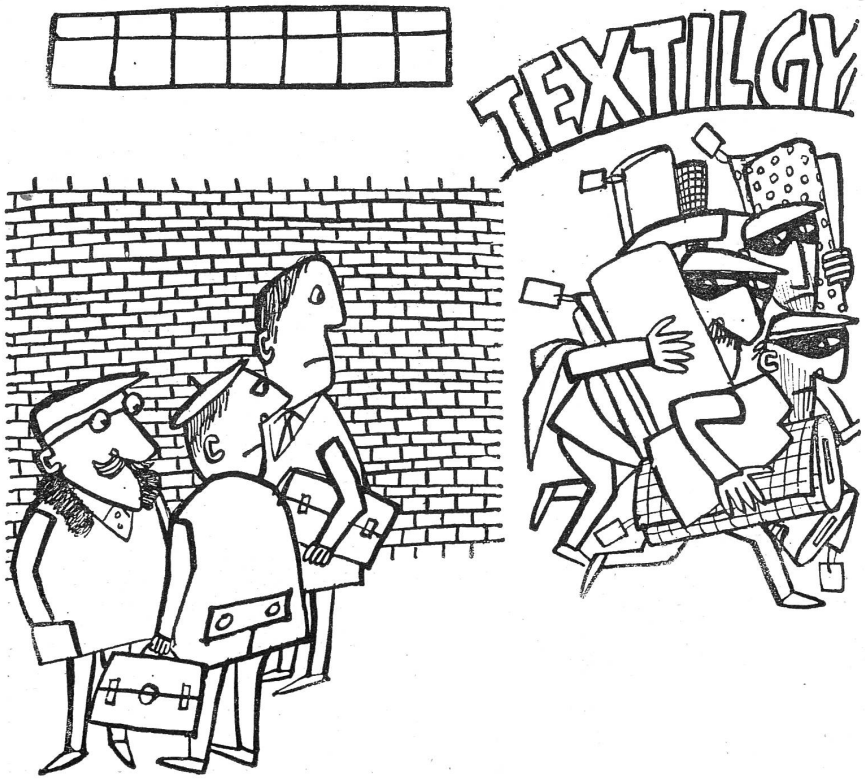
wird das Thema Schweiz von Zeit zu Zeit behandelt. Die Belgrader «Privedni Pregled» behandelte kürzlich die «Osthandelshysterie» bei uns. Die Bewegung gegen Ostkontakte wird im Unterschied zur übrigen kommunistischen Presse nicht als ein Manöver einiger reaktionärer Kreise hingestellt, sondern als eine grössere und reale Kraft, die man bei den Handelsgesprächen mit Bern nicht übersehen dürfe. Im übrigen spekuliert die Zeitung recht offen auf folgende Möglichkeit: Die Schweiz werde wegen ihrer Neutralität keinen richtigen Platz in der EWG finden und müsse dann auf einen gesteigerten Warenaustausch mit dem Osten umstellen. Dem Gedanken ist man in der jugoslawischen Presse schon früher begegnet. Jugoslawien hat die Verhandlungen zwischen der Schweiz und dem Gemeinsamen Markt schon seit einiger Zeit mit interessierter Skepsis verfolgt. Doch dürfte die Meinung des Korrespondenten B. B. auch der offiziellen Ansicht entsprechen: «Es bleibt noch zu sehen, wie sich die Dinge weiter entwickeln.»

Der Schnappschuss

Die «Iswestija» (18. März) schildert die italienischen Arbeiter auf dem Weg in die Schweiz: «Es hat sich für sie nicht viel geändert seit 1943. Damals wurden sie zur Arbeit nach Hitlerdeutschland deportiert, jetzt leisten sie die Arbeit freiwillig.» Es ist ja möglich, dass die Sowjets da wirklich keinen Unterschied sehen. Man hat in ihrem Land ebenfalls die Möglichkeit, nach Sibirien und Kasachstan deportiert zu werden, oder freiwillig hinzugehen. Und da sieht man in der Praxis keinen grossen Unterschied.

Worum es in Schillers Wilhelm Tell geht: «Es geht um den Kampf gegen die Unterdrücker der Nation. Es geht um die nationale Befreiung der Werktätigen, die zugleich eine soziale ist. Und der Friede muss bewaffnet sein. Darum geht es. Unsere bitteren Erfahrungen der Hitlerzeit und der amerikanisierten Westzone fliessen in Werk und Aufführung ein.»

Das ist ein Absatz aus dem Bericht der «Berliner Zeitung» zur Tell-Inszenierung von Wolfgang Langhoff, der mit seiner Programmankündigung den Grund zu solcher «gegenwartsnaher» Interpretation gelegt hatte. Langhoff hatte den Krieg als Emigrant in der Schweiz verbracht. Als überzeugter Kommunist war er dann in die SBZ gegangen, wo er aber auf zunehmende Widerstände und Schikanen von seiten der Partei stiess. Jetzt hat man ihn anscheinend «weich gemacht».

In westlichen Kreisen wird die Anzahl der Flüchtlinge aus Kuba immer noch auf etwa 800 pro Woche geschätzt.

Sagen Sie, fällt Ihnen nichts auf bei den Männern dort? — Aber ja, die gehen vor Arbeitsschluss weg.